



**Gesuch um Nachfolge in die Wohnungszuweisung
(Artikel 18 und 19 des Dekretes des Landeshauptmannes Nr. 28/2023)**

Antrag mit Erklärung zum Ersatz einer Bescheinigung und einer beeideten Bezeugungsurkunde
(Artikel 46 und 47 des D.P.R. Nr. 445/2000)

Ich Unterfertigte/Unterfertigtter _____,
geboren in _____ am _____,
wohnhaft in der Gemeinde _____,
Straße _____, Nr./intern _____,
Steuernummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Telefon _____, E-Mail _____,
in meiner Eigenschaft als _____,
(Verwandtschaftsgrad bzw. Beziehung zum Vertragsinhaber und Mieter / zur Vertragsinhaberin und Mieterin angeben.)

ersuche hiermit

um die Nachfolge in die Zuweisung und den Abschluss einer neuen Mietvereinbarung für die
Wohnung in der
Gemeinde _____,
Straße _____, Nr./intern _____,
Bp. _____, Be./ m. A. _____ / _____;

- um die Nachfolge in den mit dem Wohnbauinstitut abgeschlossenen Mietvertrag für die
erste Parkfläche
- Garage überdachter Autostellplatz nicht überdachter Autostellplatz Motorradbox
- gelegen in _____,
Straße _____, Nr./intern _____,
Bp. _____, Be. _____, m. A. _____
Fahrzeugtyp _____, Kennzeichen _____
Eigentümer/in des Fahrzeugs _____
(Bestehen Mietverhältnisse für weitere Liegenschaften ist für die Nachfolge in diese das Formular „Gesuch Lokale“ auszufüllen.)

Dazu erkläre ich, dass der Mieter / die Mieterin

Herr/Frau _____
aus folgendem Grund nicht mehr in der oben genannten Wohnung lebt:

verstorben am _____

endgültige Aufnahme in das Pflegeheim für Langzeitkranke in (Gemeinde und Adresse, Dokumentation beilegen): _____



- Umzug in eine Einrichtung für betreutes Wohnen bzw. Betreutes Wohnen plus (Gemeinde und Adresse, Dokumentation beilegen):

- Trennung, Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe bzw. der eingetragenen Lebenspartnerschaft.
(Eine Kopie der gerichtlichen bzw. standesamtlichen Verfügungen zur Trennung, insbesondere jener Teil betreffend der Zuweisung der Wohnung, der Anvertrauung der Kinder und der Regelung des Unterhaltes, ist dem Gesuch beizulegen.)

Dabei wurde unter anderem eine Verfügung erlassen hinsichtlich

- der Zuweisung der Wohnung
 ja nein
- der Anvertrauung der Kinder
 ja nein
- der Unterhaltszahlungen für die Kinder
 ja nein
- der Unterhaltszahlungen zugunsten eines Ehegatten
 ja nein

- Auszug der in eheähnlicher Beziehung lebenden Person
(Gibt es gemeinsame Kinder unter elterlicher Fürsorgepflicht, bedarf es einer Entscheidung des Gerichts zum Sorgerecht der Kinder. Die entsprechenden Unterlagen sind beizulegen.)

Der Auszug des Mieters / der Mieterin erfolgte:

- mit Wohnsitzverlegung
Die Wohnsitzverlegung erfolgte am _____ .
Neuer Wohnsitz: Gemeinde _____ ,
Provinz / Staat _____ , Adresse _____ .
- ohne Wohnsitzverlegung
Daher wurde am _____ in der Wohnsitzgemeinde die Ersatzerklärung des Notariatsaktes vorgelegt, um die Wohnsitzlöschung von Amts wegen einzuleiten.

Das Fahrzeug des ausziehenden Mieters / der ausziehenden Mieterin mit der Kennnummer _____ befindet sich

- auf der ersten Parkfläche auf der Gemeinschaftsfläche in der Motorradbox
 auf/in folgendem Mietobjekt _____

und folgendes weitere Fahrzeug mit der Kennnummer _____

- auf der ersten Parkfläche auf der Gemeinschaftsfläche in der Motorradbox
 auf/in folgendem Mietobjekt _____



Ich habe mit dem Mieter /der Mieterin seit _____ in der Wohnung zusammengelebt und bin im Mieterverzeichnis des Wohnbauinstitutes eingetragen.

Derzeit leben folgende Personen mit mir in der Wohnung (voller Name und Verwandtschaftsgrad):

Ich habe Eigentum bzw. Miteigentum an Wohnungen oder anderen Liegenschaften bzw. habe ein Fruchtgenuss-, Wohnungs- oder Gebrauchsrecht an solchen Wohnungen oder anderen Liegenschaften. Dasselbe gilt für den nicht getrennten Ehepartner.

ja nein

(Wenn die Antwort ja lautet, ist dem Gesuch zusätzlich eine Erklärung über das Liegenschaftsvermögen beizulegen. Dazu ist der Vordruck des Wohnbauinstitutes zu verwenden.)

Ich bzw. mein Ehegatte / meine Ehegattin bzw. mein mitlebender Partner / meine mitlebende Partnerin haben in den letzten fünf Jahren vor Einreichung dieses Gesuches das Eigentum, das Miteigentum, das Fruchtgenuss-, Wohnungs- oder Gebrauchsrecht an Wohnungen oder anderen Liegenschaften veräußert.

ja nein

(Wenn die Antwort ja lautet, ist dem Gesuch zusätzlich eine Erklärung über das Liegenschaftsvermögen beizulegen. Dazu ist der Vordruck des Wohnbauinstitutes zu verwenden.)

Ich bin mir bewusst, dass die Nachfolge in die Zuweisung nicht genehmigt werden kann, wenn ein Grund für den Widerruf der Wohnungszuweisung besteht.

Ich bin mir bewusst, dass ich im Falle unwahrer Erklärungen den strafrechtlichen Bestimmungen gemäß Strafgesetzbuch und gemäß den einschlägigen Bestimmungen unterstehe, im Sinne des Artikels 76 des D.P.R. 28.12.2000, Nr. 445.

Dem Gesuch lege ich folgende Unterlagen bei:

- Unterschriebene Erklärung zur europäischen Datenschutz-Grundverordnung
- Erklärung des Vertragsinhabers / der Vertragsinhaberin über den Auszug aus der zugewiesenen Wohnung
(Nicht nötig bei Ableben des Vertragsinhabers / der Vertragsinhaberin)
- Bescheinigung über die erklärte Zugehörigkeit bzw. Angliederung zu einer der drei Sprachgruppen, im Original und nicht älter als sechs Monate
(Bei Staatsbürgern eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union und Gleichgestellten)
- Gerichtliche bzw. standesamtliche Unterlagen, je nach Typologie der Trennung, in Kopie
(Eine Kopie der gerichtlichen bzw. standesamtlichen Verfügungen zur Trennung, insbesondere jener Teil betreffend die Zuweisung der Wohnung, die Anvertrauung der Kinder und die Regelung des Unterhaltes.)
- Bestätigung über die endgültige Aufnahme in ein Pflegeheim für Langzeitkranke
(Bei endgültiger Aufnahme in ein Pflegeheim für Langzeitkranke)
- Kopie des Vertrages für die Aufnahme in eine Struktur für Betreutes Wohnen/plus
- Aufenthaltsgenehmigung, in Kopie
(Bei Staatsangehörigen von Staaten, die nicht der Europäischen Union angehören, und Staatenlosen)
- Ersatzerklärung Liegenschaftsvermögen
(Im Falle von Eigentum, Miteigentum, nacktem Eigentum, Fruchtgenuss, Wohnrecht und sonstigen Rechten an Wohnungen oder anderen Gebäude- oder Grundstücksliegenschaften)



- Formular Gesuch Lokale
(Im Falle von Mietverhältnissen für weitere Liegenschaften)

Erklärung zur europäischen Datenschutz-Grundverordnung

Ich erkläre hiermit, das Informationsschreiben über die Verarbeitung personenbezogener Daten eingesehen zu haben. Als Bestätigung lege ich diesem Gesuch die Erklärung über die Einsichtnahme in das Informationsschreiben über die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß der Verordnung EU 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO) bei.

(Hinweis: Die Abgabe dieser Erklärung ist verpflichtend. Ansonsten kann die damit verbundene Verwaltungstätigkeit nicht erbracht werden.)

Ort und Datum

Unterschrift

Im Sinne des Artikels 38 des D.P.R. Nr. 445/2000 muss, sofern die Erklärung nicht vor dem zuständigen Beamten / der zuständigen Beamtin unterschrieben wird, die Fotokopie eines gültigen Ausweises des/der Unterfertigten beigelegt werden.

Ich unterfertigte/r _____ erkläre im Sinne des Art. 1341 ZGB folgende Bestimmungen besonders anzunehmen: Ich übernehme die Verpflichtung zur Zahlung der Miete und der Nebenspesen und bestehende Schuldverhältnisse des ausgezogenen Mieters / der ausgezogenen Mieterin. Im Falle der Kündigung sind die Wohnung und dazugehörige Nebenräume (Keller, Garage usw.) im selben Zustand zurückzugeben, in welchem sie vom ausgezogenen Mieter / von der ausgezogenen Mieterin übernommen wurden. Weiter nehme ich zur Kenntnis, dass das Wohnbauinstitut den Mietzins überprüft und neu festlegt. Außerdem nehme ich zur Kenntnis, dass mit dem Wohnbauinstitut eine neue Mietvereinbarung abzuschließen ist.

Ort und Datum

Unterschrift

Dem Amt vorbehalten

Gesuch entgegengenommen von _____ am _____

Art des Erkennungsausweises des/der Erklärenden: _____ Nr. _____

ausgestellt von _____ am _____ und gültig bis _____



Informationsschreiben über die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Artikel 13 und 14 der Verordnung EU 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO)

Wir informieren Sie, dass die von Ihnen bereitgestellten oder von uns im Rahmen unserer Tätigkeit eingeholten personenbezogenen Daten unter Beachtung der Rechtsvorschriften und in Übereinstimmung mit den gesetzlich festgelegten Grundsätzen verarbeitet werden. Die Verarbeitung wird ausschließlich von befugtem Personal und unter Wahrung folgender Grundsätze durchgeführt: Korrektheit, Rechtmäßigkeit, Transparenz, Vertraulichkeit, Zweckmäßigkeit, Sachdienlichkeit und Minimierung sowie Wahrung Ihrer persönlichen Rechte. Sie erfolgt auch mit elektronischen Mitteln.

Rechtsinhaber und Verantwortlicher der Datenverarbeitung und Kontaktdaten

Rechtsinhaber und Verantwortlicher der Datenverarbeitung ist das Institut für den sozialen Wohnbau des Landes Südtirol (Wohnbauinstitut) mit Sitz in Bozen, Horazstraße 14, Postleitzahl 39100. Sie können den Rechtsinhaber kontaktieren unter:

- Telefon: 0471-906666
- E-Mail: info@wobi.bz.it

Datenschutzbeauftragter und Kontaktdaten

Datenschutzbeauftragte ist die Firma Renorm GmbH mit Sitz in Bozen, Schlachthofstraße 50. Sie können den Datenschutzbeauftragten kontaktieren unter:

- Telefon: 0471-1882777
- E-Mail-Adresse: info@renorm.it; PEC-Adresse: renorm@legalmail.it

Zweck der Datenverarbeitung, Ursprung der Daten und Kategorien personenbezogener Daten

Das Wohnbauinstitut übt im öffentlichen Interesse und unter Anwendung des Wohnbauförderungsgesetzes (Landesgesetz vom 21.07.22, Nr. 5 und D.L.H. Nr. 28 vom 23.08.23) Aufgaben zur Verwirklichung von spezifischen Rechten der Nutzer im Rahmen des sozialen Wohnbaus aus. Als Körperschaft des öffentlichen Rechts und Hilfskörperschaft des Landes wendet es weiter die Bestimmungen im Bereich der öffentlichen Verwaltungen und der Verwaltung des öffentlichen Vermögens an.

Damit Gesuche, Ersatzerklärungen und Bezeugungsurkunden bearbeitet werden können, müssen diese in allen Teilen und mit Angaben zu eigenen personenbezogenen Daten und Angaben zu personenbezogenen Daten der zur Familiengemeinschaft gehörenden Mitglieder ausgefüllt werden. In den bereitgestellten Formularen werden nur die unbedingt notwendigen Daten verlangt.

Außer den von Ihnen gelieferten Daten werden personenbezogene Daten auch direkt bei anderen öffentlichen Verwaltungen oder über öffentliche Datenbanken (Gemeindenverband, Agentur der Einnahmen, Grundbuch, Katasteramt usw.) eingeholt. Zudem können Daten von dritten Personen (z.B. Sachwalter, Beschwerdeführer) geliefert werden.

Besondere Kategorien personenbezogener Daten

Das Wohnbauförderungsgesetz sieht vor, dass Gesuchsteller ihre Staatsangehörigkeit und ihre Zugehörigkeit bzw. Angliederung an eine der drei Sprachgruppen erklären. Im Rahmen der Wohnungszuweisung muss die Bescheinigung über die Zugehörigkeit bzw. Angliederung an eine der Sprachgruppen vorgelegt werden.

Daten, die den Gesundheitszustand oder eine Invalidität betreffen, müssen belegt werden. Diese Daten werden benötigt, um Mietenvergünstigungen anwenden zu können sowie für die Annahme von Anfragen um Wohnungstausch, Beseitigung architektonischer Barrieren und Zuweisung eines Parkplatzes für Menschen mit Beeinträchtigung.

In den gesetzlich vorgesehenen Fällen und zur Wahrung der berechtigten Interessen der Mietergemeinschaft und des Wohnbauinstitutes können Daten im Zusammenhang mit Straftaten oder der Bedrohung der öffentlichen Sicherheit erhoben, verarbeitet und übermittelt werden.

Werden dem Wohnbauinstitut unverlangt personenbezogene Daten besonderer Kategorien geliefert, so werden diese in Anwendung der oben genannten Grundsätze und nur für den Zweck verarbeitet, für den sie geliefert wurden.

Übermittlung und Weitergabe von Daten

Personenbezogene Daten können Gegenstand der Verbreitung sein, sofern dies vom Gesetz vorgesehen ist. Im Sinne des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 82/2005 (Kodex der digitalen Verwaltung) bezüglich der Verwendbarkeit der Daten im Besitz der öffentlichen Verwaltung können die Daten für die Abwicklung institutioneller Aufgaben anderen öffentlichen Verwaltungen mitgeteilt werden.

Im Rahmen einer Überprüfung von Ersatzerklärungen oder Bezeugungsurkunden sowie im Rahmen der Überprüfungen von Amts wegen oder von eventuellen Rekursen (hierarchische, Verwaltungsrekurse oder Zivilrekurse) können die Daten auch an andere Körperschaften und Privatpersonen übermittelt werden, welche im Besitz von Daten sind, die Sie betreffen.



Die Daten können in Bearbeitung von Anträgen um Akteneinsicht an Dritte weitergegeben werden. Dies erfolgt unter gründlicher Abwägung der entsprechenden Rechte auf Datenzugang und Datenschutz und, sofern möglich, in anonymisierter Form. Liegt eine Sachwalterschaft vor, können dem Sachwalter im Rahmen der ihm zugeteilten Tätigkeiten personenbezogene Daten, einschließlich jene von besonderen Kategorien, mitgeteilt werden.

Zur Wertsicherung und zum Schutz des Immobilienvermögens können anagrafische Daten und Kontaktdaten des Mieters und das Kraftfahrzeugkennzeichen auch an externe Personen wie Vertrauenspersonen, Kondominiumsverwalter und beauftragte Unternehmen übermittelt werden.

Die Daten werden nicht an Drittländer außerhalb der EU übermittelt.

Dauer der Aufbewahrung personenbezogener Daten

Die personenbezogenen Daten werden für die zur Erbringung des beantragten Dienstes erforderliche Zeit unter Beachtung der zivil- und steuerrechtlichen Vorschriften, welche längere Aufbewahrungszeiten vorschreiben können, gespeichert. Im Sinne des Landesgesetzes vom 13.12.1985, Nr. 17, hat der Verwaltungsrat des Wohnbauinstitutes Richtlinien zur Aussonderung der Verwaltungs- und Buchhaltungsunterlagen erstellt (Beschluss Nr. 44/2007).

Ihre Rechte

Sie haben das Recht, vom Rechtsinhaber Zugang zu Ihren Daten zu verlangen sowie auf deren Richtigstellung. Soweit Sie nicht ausdrücklich eine mündliche Antwort beantragen, erhalten Sie innerhalb von 30 Tagen eine Rückmeldung in schriftlicher Form – auch auf elektronischem Wege. Die Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies aufgrund der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist. Weiter steht Ihnen das Recht auf Datenübertragbarkeit an einen anderen Rechtsinhaber zu.

Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, haben Sie das Recht, sich der Verarbeitung zu widersetzen, die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Ihrer Einwilligung, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Beschwerderecht

Wenn Sie auf Ihren Antrag um Datenzugang keine Rückmeldung erhalten oder der Auffassung sind, dass Ihre Daten rechtswidrig verarbeitet wurden, können Sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Zwingender und freiwilliger Charakter der Datenbereitstellung und Folgen bei Verweigerung der Bereitstellung

Die Bereitstellung der Daten ist notwendig, um die unter dem Punkt „Zweck der Datenverarbeitung“ angeführten Verwaltungsaufgaben abwickeln zu können. Die Verweigerung der Bereitstellung der erforderlichen Daten führt dazu, dass vorgebrachte Anträge, Erklärungen und dergleichen nicht bearbeitet und so die damit verbundene Verwaltungstätigkeit nicht erbracht werden kann.

Die Bereitstellung ergänzender Unterlagen, auch solcher mit Daten besonderer Kategorien (Invaliditätsbescheinigung, medizinische Unterlagen usw.), ist erforderlich, um den damit zusammenhängenden Anspruch geltend machen zu können.

Die fehlende Mitteilung von Kontaktdaten (Telefonnummer, E-Mail-Adresse) erschwert unter Umständen eine rasche Kommunikation.

Automatisierte Entscheidungsfindung

Entscheidungen Ihnen gegenüber werden nicht unter Anwendung von ausschließlich automatisierten Verarbeitungsprozessen getroffen.

Änderungen und Aktualisierungen dieser Informationen

Diese Informationen und Änderungen oder Aktualisierungen werden laufend auf der Webseite des Wohnbauinstitutes (www.wobi.bz.it) veröffentlicht.

ERKLÄRUNG ÜBER DIE EINSICHTNAHME IN DIE INFORMATIONEN

Der/die Unterfertigte _____
erklärt, das Informationsschreiben über die Verarbeitung personenbezogener Daten gelesen und verstanden zu haben.

Ort und Datum

Unterschrift (leserlich)



Mitteilung Auszug des Vertragsinhabers / der Vertragsinhaberin aus der Wohnung

Ich Unterfertigte/Unterfertigtger _____,

geboren in _____ am _____,

Steuernummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Telefon _____, E-Mail _____,

in meiner Eigenschaft als Vertragsinhaber und Mieter / Vertragsinhaberin und Mieterin der nachfolgend angeführten Wohnung

teile hiermit dem Wohnbauinstitut mit, dass ich aus der Wohnung

gelegen in _____,

Straße _____, Nr./intern _____,

Bp. _____, Be. _____, m. A. _____

am _____ (Datum angeben) **aus folgendem Grund ausziehe:**

endgültige Aufnahme in das Pflegeheim für Langzeitkranke in (Gemeinde und Adresse):

Umzug in eine Einrichtung für Betreutes Wohnen/plus (Gemeinde und Adresse):

Trennung, Auflösung oder Erlöschen der bürgerlichen Wirkungen der Ehe bzw. der eingetragenen Lebenspartnerschaft.

Trennung von der in eheähnlicher Beziehung lebenden Person

Zusätzlich kündige ich den mit dem Wohnbauinstitut abgeschlossenen

Mietvertrag für die erste Parkfläche

Garage

überdachter
Autostellplatz

nicht überdachter
Autostellplatz

Motorradbox

gelegen in _____,

Straße _____, Nr./intern _____,

Bp. _____, Be. _____, m. A. _____

Mietvertrag für folgendes Mietobjekt:

(2.) Garage

Motorradbox

Magazin

(2.) überdachter Autostellplatz

Keller

Dachboden

(2.) nicht überdachter Autostellplatz anderes: _____

gelegen in _____,

Straße _____, Nr./intern _____,

Bp. _____, Be. _____, m. A. _____



Die meldeamtliche Wohnsitzverlegung erfolgte am _____ .

Neuer Wohnsitz: Gemeinde _____ ,

Provinz / Staat _____ , Adresse _____ .

Kontaktadresse für künftige Mitteilungen

Vor- und Nachname _____ ,

Gemeinde (mit Postleitzahl) _____ ,

Straße _____ , Haus-Nr. _____ ,

Telefon _____ , E-Mail _____ .

Weiter erkläre ich,

dass folgende Personen in der Wohnung verbleiben und dass zumindest von einer von diesen ein Gesuch um Nachfolge in die Wohnungszuweisung eingereicht wurde:

Vor- und Nachname, Verwandtschaftsgrad

dass das Fahrzeug mit der Kennnummer _____

auf der ersten Parkfläche auf der Gemeinschaftsfläche in der Motorradbox

auf/in folgendem Mietobjekt _____

und folgendes weiteres Fahrzeug mit der Kennnummer _____

auf der ersten Parkfläche auf der Gemeinschaftsfläche in der Motorradbox

auf/in folgendem Mietobjekt _____

abgestellt ist und ich dieses/diese innerhalb _____ entfernen werde.

Hinweis zur europäischen Datenschutz-Grundverordnung

Im Rahmen der Vertragsunterschrift oder zusammen mit dem Erhebungsbogen der Einkommen 2017 haben Sie das Informationsschreiben über die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß den Artikeln 13 und 14 der Verordnung EU 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung) und gemäß dem gesetzvertretenden Dekret 196/2003 (Datenschutzkodex) eingesehen. Andernfalls liegt das Informationsschreiben hier bei. Änderungen oder Aktualisierungen dieser Informationen werden laufend auf der Internet-Seite des Wohnbauinstitutes veröffentlicht (www.wobi.bz.it).

Ort und Datum

Unterschrift

Im Sinne des Artikels 38 des D.P.R. Nr. 445/2000 muss, sofern die Erklärung nicht vor dem zuständigen Beamten / der zuständigen Beamtin unterschrieben wird, die Fotokopie eines gültigen Ausweises des/der Unterfertigten beigelegt werden.



Ich unterfertigte/r _____ erkläre im Sinne des Art. 1341 ZGB folgende Bestimmungen besonders anzunehmen:

Für den Fall der Genehmigung des Gesuchs um Nachfolge

Ich bin mir bewusst, dass mein Auszug und die Annahme des Gesuchs um Nachfolge, wie vom Gesetz vorgesehen, meine Austragung aus der Mieterkartei, den Verfall der Zuweisung zu meinem Gunsten und die Umschreibung der Mietvereinbarung zur Folge haben. Weiter bin ich mir bewusst, dass für die bis zur Vertragsunterschrift anfallenden Mieten und Nebenkosten meine solidarische Haftung mit dem neuen Mieter / der neuen Mieterin bestehen bleibt. Die von mir eingezahlte Kautions- und eventuelle Guthaben für Mieten und Nebenspesen werden an den neuen Vertragsinhaber / die neue Vertragsinhaberin übertragen. Dieser / Diese übernimmt sämtliche Verpflichtungen, einschließlich der Wiederinstandsetzung der Wohnung. Die in meinem Eigentum stehenden Fahrzeuge müssen sowohl von den angemieteten Flächen als auch von den Gemeinschaftsflächen entfernt werden.

Ort und Datum

Unterschrift

Für den Fall der Ablehnung des Gesuchs um Nachfolge und für die Rückgabe der zusätzlichen Mietobjekte

Sollte kein Anrecht auf die Nachfolge in die Wohnungszuweisung bestehen, verpflichte ich mich, wie in der Mietvereinbarung bzw. im Mietvertrag vorgesehen, das angeführte Objekt, die dazugehörenden Nebenräume (Keller, Garage usw.) sowie die Gemeinschaftsflächen frei von Personen und frei von jeder Art von Gegenständen und im selben Zustand zurückzugeben, in welchem sie übernommen wurden, und zwar innerhalb 60 Tagen ab der Mitteilung des Wohnbauinstitutes über die Ablehnung des Gesuches um Nachfolge. Des Weiteren bin ich mir bewusst, dass die Rücknahme nur bei völliger Freistellung von Personen und Sachen erfolgt und dass Miete und Nebenkosten bis zum Tag der Wohnungsrücknahme geschuldet sind. Für die von der Mietvereinbarung vorgesehene Kündigungsfrist gilt das Datum der hier vorgelegten Mitteilung. Eventuell für die Wiederinstandsetzung anfallende Kosten werden gemäß den Bestimmungen des Beschlusses des Verwaltungsrates des Wohnbauinstitutes Nr. 20/2012 angelastet. Ich nehme zur Kenntnis, dass die unterlassene Freistellung der Wohnung mir gegenüber den Widerruf der Zuweisung und die Zwangsräumung im Verwaltungswege mit den entsprechenden rechtlichen Folgen und der Anlastung der entsprechenden Kosten zur Folge hat.

Ort und Datum

Unterschrift

Dem Amt vorbehalten

Mitteilung entgegengenommen von _____ am _____

Art des Erkennungsausweises des/der Erklärenden: _____ Nr. _____

ausgestellt von _____ am _____ und gültig bis _____

Mietermatrikel Nummer: _____

Notiz: _____

Bestehen Mieten-, Spesenrückstände?: nein ja € _____